



Jugendbüro Südhessen
Jugendbildungsreferat

Rheinstr.50
64283 Darmstadt

Fon: 06151-339716
Fax: 06151-339724
e-mail: sascha.schmidt@dgb.de

Rückfragen bitte an:
Sascha Schmidt
Janet Netzer

Abteilung
Jugend

Unsere Zeichen
SaSc

Datum
04.06.2013

Solidarität mit den Gekesselten von Blockupy – Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen

Der DGB-Stadtverband, der DGB-Kreisverband Darmstadt-Dieburg und die DGB-Jugend Südhessen solidarisieren sich mit den DemonstrantInnen von Blockupy, die bei der Demonstration am vergangenen Samstag eingekesselt und Opfer von Polizeigewalt wurden. Unsere Kritik ist in erster Linie jedoch klar an die politisch Verantwortlichen und die Einsatzleitung gerichtet. Hier stellt sich die Frage, ob nicht gezielt, die Proteste durch eskalierendes Verhalten als gewalttätig abgestempelt werden sollten, um diese letztlich zu delegitimieren. Wir verurteilen das Vorgehen der Polizeiführung, die eine genehmigte Demonstration verhinderte, hunderte DemonstrantInnen über mehrere Stunden in einem Polizeikessel festhalten lies und friedliche DemonstrantInnen angriff und zum Teil schwer verletzte. Der völlig unverhältnismäßige Einsatz führte zu über 200 Verletzten, darunter auch gewerkschaftlich organisierte Kollegen auf beiden Seiten.

Die Gewerkschaftsjugend beteiligte sich am Freitag zunächst an den Aktivitäten auf der Zeil. Dort gelang es mittels Straßentheater und friedlichen Sitzblockaden auf die prekären Beschäftigungsverhältnisse im Einzelhandel sowie auf die Ausbeutung in der globalen Bekleidungsindustrie hinzuweisen. „Die Aktionen auf der Zeil können als großer Erfolg gewertet werden“, betont Sascha Schmidt (DGB-Jugendbildungsreferent) zufrieden. Schmidt weiter: „Den Beteiligten ist es gelungen ihre Kritik auf der Zeil friedlich und kreativ gegenüber den anwesenden PassantInnen zu vermitteln.“

Harsche Kritik üben die DGB-Verbände an anvisierten Verboten durch die Stadt Frankfurt. Diese hatte im Vorfeld versucht, die Protesttage in Teilen abermals zu verbieten und zu behindern. Die von der Stadt ausgesprochenen Demonstrationsverbote und Routenänderungen wurden vom Verwaltungsgericht Frankfurt jedoch kassiert, den AnmelderInnen Recht gegeben. Die mehrfach zu beobachtende Ignoranz gegenüber diesen Urteilen durch die Stadt Frankfurt, wie auch seitens der Polizeiführung stellt den eigentlichen politischen Skandal dieses Wochenendes dar. Bereits am Freitag wurde die genehmigte Demonstration am Frankfurter Flughafen faktisch verhindert, indem DemonstrantInnen der Eingang zum Terminal 1 zunächst verwehrt wurde. Diese

SEB AG Frankfurt
BLZ 500 101 11
Konto 1 905 516 100

Bei Überweisungen bitte „Jugendbüro Süd“ und den Verwendungszweck angeben.



Politik setzte sich am Samstag fort. Auch hier setzten sich die Verantwortlichen des Polizeieinsatzes über gerichtliche Urteile hinweg. Die Medienberichte lassen zunehmend deutlich werden, dass der Polizeieinsatz von Anfang vorsah, die Demonstration nicht gewähren zu lassen. Schmidt: „Dass die Einsatzleitung den Nicht-Eingekesselten schließlich anbot, als Alternative zur EZB-Route, die von Stadt Frankfurt ursprünglich vorgegebene, vom Verwaltungsgericht Frankfurt jedoch kassierte Route nehmen zu können, ist als ein Schlag ins Gesicht des Rechtsstaates zu begreifen.“ Gerade hier stellt sich die Frage nach den politischen Verantwortlichen und der Rolle des Innenministeriums. „Es muss in den kommenden Tagen Klarheit darüber herrschen, wer die Verstöße gegen das Demonstrationsrecht und die Gerichtsentscheidungen zu verantworten hat“, erklärt Schmidt weiter.

Es kann nicht sein, dass wie schon bei Gastortransporten und bei Stuttgart 21 die Politik ein anderes Meinungsbild nicht akzeptiert und dieses mit Gewalt verhindern möchte. Es gilt darüber nachzudenken ob es sich in diesen Fällen noch um Volksvertreter handelt. Deshalb wird es umso wichtiger sein die Schuldigen zu identifizieren und dem Rechtsstaat zu übergeben. Für den Vorsitzenden des DGB-Kreisverbandes Darmstadt-Dieburg, Walter Busch-Hübenbecker, ist „der 1. Juni 2013 ein schwarzer Tag für die Demokratie in Deutschland und Europa. Der Tag hat gezeigt, dass die Herrschenden in dieser Gesellschaft mit staatlichem Terror die Demokratie und demokratisches Handeln mit Füßen treten.“ Der Vorsitzende des Stadtverbandes, Walter Erb, betont: „Den Schutz unseres demokratischen und sozialen Rechtsstaates dürfen wir nicht Leuten vom Schlage Rhein und Konsorten überlassen, sondern müssen wir selbst übernehmen.“